

Weitere Informationen zum BTI 2008

Das BTI-Buch bietet einen Ergebnisüberblick, detaillierte Regionalanalysen, einen Methodikteil sowie alle Ländergutachten auf einer beiliegenden CD-ROM: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), *Bertelsmann Transformation Index 2008: Politische Gestaltung im internationalen Vergleich* (Verlag Bertelsmann Stiftung 2007).

Alle Ländergutachten sowie weitere Informationen zum Projekt sind online verfügbar unter www.bertelsmann-transformation-index.de. Hier findet sich auch der Transformationsatlas, der mit Weltkarten, Ländergraphiken und Vergleichsdarstellungen die 6500 Einzelwerte des BTI 2008 illustriert.

| Bertelsmann Stiftung

Impressum

© 2007
Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh
www.bertelsmann-transformation-index.de

Verantwortlich:

Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
 Sabine Donner, +49 52 41 81 81 501
sabine.donner@bertelsmann.de
 Dr. Hauke Hartmann, +49 52 41 81 81 389
hauke.hartmann@bertelsmann.de

Mitarbeit:

Elena Heßelmann

Fotografien:

© Bertelsmann Stiftung (Titel)
© dpa Picture-Alliance GmbH (alle anderen Fotos)

Gestaltung:

www.kopfstand-web.de

Druck:

www.tvdruck.de



Bertelsmann Transformation Index 2008

Politische Gestaltung
im internationalen Vergleich

Demokratie und Marktwirtschaft bleiben die weltweit bestimmenden Leitbilder gesellschaftlichen Wandels.

Der Bertelsmann Transformation Index 2008 zeigt, dass die politischen Entscheidungsträger in 70 der 125 untersuchten Länder eine Konsolidierung ihres demokratischen Systems und zugleich eine Festigung der marktwirtschaftlichen Ordnung anstreben. Allerdings verdeutlichen die detaillierten Länderberichte des BTI auch, dass viele junge Demokratien die Erwartungen ihrer Bürger enttäuschen. Häufig missbrauchen neu gewählte Regierungen ihr Mandat und Amt zur Selbstbereicherung, tolerieren eklatante soziale Gegensätze, kapitulieren vor mächtigen Interessengruppen oder scheitern an tradierten Verhaltensmustern. Dieses Führungsverhalten politischer Akteure unterläuft nicht nur die Zielvorstellungen von Demokratie und Marktwirtschaft, sondern steigert die Attraktivität konkurrierender Leitbilder, belegt durch populistische Wahlerfolge in Lateinamerika oder gesteigertes Selbstbewusstsein autoritärer und wirtschaftlich erfolgreicher Regime in Asien und der Golfregion.

Der Bertelsmann Transformation Index unterstreicht die Bedeutung einer rechtsstaatlichen Verankerung der Demokratie und einer sozialpolitischen Flankierung der Marktwirtschaft. Um politische Entscheidungsträger rechenschaftspflichtig zu machen, Entscheidungsprozesse transparent zu halten und Bürgerrechte zu garantieren bedarf es einer funktionierenden Gewaltenteilung. Eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung erfordert es, auf solider institutioneller Basis Armut zu bekämpfen, Chancengleichheit herzustellen und soziale Härten auszugleichen.

Der BTI 2008 belegt mit 125 Ländergutachten und 6500 Einzelbewertungen, dass im rechtsstaatlichen und sozialpolitischen Bereich die größten Defizite der derzeitigen Transformationsprozesse zu finden sind. Länder mit insgesamt guten Demokratiewerten wie Argentinien oder Mali befinden sich gerade im Bereich der Rechtsstaatlichkeit auf einem vergleichsweise schwachen Niveau. Insgesamt weisen nur 13 von 75 Demokratien eine uneingeschränkt funktionierende Gewaltenteilung einschließlich einer unabhängigen Justiz auf. Amtsmissbrauch wird sogar nur in 7 Ländern umfassend und strikt geahndet. Entsprechend unzufrieden sind die von Korruption,

Patronage und Willkür enttäuschten Wähler vor allem in den 52 Demokratien, die nach Einordnung des BTI defekte oder stark defekte Strukturen und Prozesse aufweisen. Hier bedarf es dringend einer größeren Repräsentativität, der Stärkung von Rechtsstaatlichkeit sowie einer wirkungsvolleren Korruptionsbekämpfung.

Große Defizite finden sich auch im ökonomischen Bereich. Seit Erscheinen des ersten BTI 2003 profitiert die Weltwirtschaft von stabilen Wachstumsbedingungen und schafft so günstige Rahmenbedingungen für Entwicklungsprozesse und Reformvorhaben. Kontinuierlich verbessern sich dadurch auch die BTI-Werte für volkswirtschaftliche Leistungsstärke in den meisten Ländern, während alle anderen Kriterienwerte für wirtschaftliche Transformation im Wesentlichen stagnieren. Damit zeigt der BTI einen in doppelter Hinsicht besorgniserregenden Trend auf. Zum einen verleitet offenbar das durch die hohe Rohstoffnachfrage angetriebene Wirtschaftswachstum zahlreiche Regierungen vor allem in Afrika und Lateinamerika dazu, die institutionelle Konsolidierung der Volkswirtschaften zu vernachlässigen und damit die Weichenstellungen für eine nachhaltige Entwicklung zu verpassen. Zum anderen profitieren in den meisten Ländern breite Bevölkerungsschichten nicht so vom wirtschaftlichen Aufschwung, als dass dieser sich in einem höheren sozioökonomischen Entwicklungsniveau, einer verbesserten sozialen Absicherung oder mehr Chancengleichheit abbilden würde. Strukturelle Defizite und soziale Schieflagen bergen Krisenpotenziale in konjunkturell ungünstigeren Zeiten.

Der Bertelsmann Transformation Index ermöglicht eine differenzierte Betrachtung dieser komplexen Wandlungsprozesse. Aufgrund des umfassenden Ansatzes und seiner separaten Untersuchung der Qualität von Governance im Management-Index ist er zum festen Bestandteil von wissenschaftlicher Analyse und politischen Entscheidungsprozessen geworden. Wir hoffen, dass der BTI auch diesmal zahlreiche Impulse und Hinweise an außen- und entwicklungspolitische Akteure, Wissenschaft und Medien sowie nicht zuletzt an Demokraten und Reformen vor Ort vermittelt.

| | | | | | | |
|---------|--------------------|------------|-----------------------|------------------------|----------------------------|-----------|
| Vorwort | Ergebnisse des BTI | Ranglisten | Regionen im Überblick | Kriterien Status-Index | Kriterien Management-Index | BTI-Board |
| 3 | 4 | 12 | 14 | 16 | 20 | 23 |

Bertelsmann Transformation Index 2008 Ergebnisüberblick

Vor der Zielebene rechtsstaatlicher Demokratie und sozialpolitisch flankierter Marktwirtschaft informiert der BTI Reformakteure umfassend über erfolgreiche politische und wirtschaftliche Gestaltungsprozesse. 125 Länder werden detailliert untersucht und innerhalb des BTI in zwei Ranglisten eingeordnet. Der Status-Index stellt den im Frühjahr 2007 erhobenen Entwicklungsstand eines Landes auf dem Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft dar, während der Management-Index die Qualität der Steuerungsleistungen der politischen Entscheidungsträger im Zeitraum von 2005 bis 2007 bewertet. Erfasst werden weltweit alle Staaten mit mehr als zwei Millionen Einwohnern (sowie zusätzlich Bahrain, Botswana, Estland, Mauritius und Montenegro als besonders interessante Fälle), die zu Beginn des Untersuchungszeitraumes noch keine vollständig konsolidierten marktwirtschaftlichen Demokratien waren.



| Die Top Ten im Status-Index des BTI 2008 | |
|--|------------|
| 1 | Tschechien |
| 2 | Slowenien |
| 3 | Estland |
| 4 | Taiwan |
| 5 | Ungarn |
| 6 | Litauen |
| 7 | Slowakei |
| 8 | Chile |
| 9 | Uruguay |
| 10 | Südkorea |

| Die Top Ten im Management-Index des BTI 2008 | |
|--|---------------------|
| 1 | Chile |
| 2 | Estland |
| 3 | Botswana |
| 4 | Mauritius |
| 5 | Slowakei |
| 6 | Südkorea |
| 7 | Taiwan |
| 8 | Uruguay |
| 9 | Kroatien |
| 10 | Lettland, Südafrika |

Entwicklungsstand und Demokratieniveau in 125 Staaten

Die Ländergruppe der zehn Bestplatzierten im Status-Index ist im Vergleich zum BTI 2006 gleich geblieben. Aus den Top 10 ist lediglich Polen herausgefallen, neu hinzugekommen ist Uruguay.

Im BTI 2008 werden insgesamt 14 Staaten als konsolidierte oder weit fortgeschrittene rechtsstaatliche Demokratien sowie sozialpolitisch flankierte Marktwirtschaften bezeichnet. Diese Spitzengruppe ist weitgehend identisch mit derjenigen des BTI 2006. Mit Lettland, das sich leicht verbesserte, konnte ein Land zusätzlich in diese Spitzengruppe des Status-Index aufschließen. Insgesamt besteht sie aus neun europäischen Staaten (acht neue EU-Mitgliedstaaten und Kroatien), zwei asiatischen Staaten (Taiwan, Südkorea) sowie drei Staaten aus Lateinamerika (Chile, Uruguay, Costa Rica). Gemeinsam ist allen Ländern der Spitzengruppe, dass sie über ein relativ robustes sozioökonomisches Entwicklungsniveau verfügen.

75 der vom BTI untersuchten 125 Staaten erfüllen die Grundanforderungen an eine rechtsstaat-

liche Demokratie. Während 23 Demokratien keine wesentlichen Defizite aufweisen, werden zehn Staaten als „stark defekte Demokratien“ eingeordnet. Sie sind durch erhebliche Mängel an Rechtsstaatlichkeit, eingeschränkte Chancengleichheit für die Opposition sowie mitunter durch Wahlmanipulationen gekennzeichnet. Mit Kirgisistan, Burundi, Liberia sowie Haiti sind im Vergleich zum BTI 2006 vier vormalige Autokratien in das Lager der stark defekten Demokratien aufgestiegen. Zu den 50 Autokratien zählt der BTI auch die „failed states“ Afghanistan, die Demokratische Republik Kongo, den Irak und die Zentralafrikanische Republik, denen trotz durchgeführter Wahlen aufgrund des stark oder nahezu völlig erodierten staatlichen Gewaltmonopols keine demokratischen Verhältnisse attestiert werden können. Afghanistan und der Irak sind trotz aller Bemühungen zwei Katastrophenfälle der internationalen Politik geblieben. Hier zeigt sich, dass eine extern erzwungene Demokratisierung stets vom Scheitern bedroht ist, wenn die notwendigen strukturellen Voraussetzungen nicht berücksichtigt werden.

Auf- und Absteiger im politischen Management

Deutlicher als in den Statusanalysen fielen die Veränderungen in den Top 10 des Management-Index aus. Slowenien, Litauen und Tschechien nehmen keine Spitzenplätze mehr ein. An ihre Stelle rücken Uruguay, Kroatien sowie Südafrika und Lettland.

16 Länder weisen im Vergleich zum BTI 2006 erheblich bessere Gestaltungsleistungen auf. Die erfolgreichsten unter ihnen sind Mazedonien, Paraguay, Indien und Benin.

Die starke Abwertung Polens ist im Management-Index der auffälligste Einzelwert. Nachlassende Reformbestrebungen nach dem Beitritt in die EU, eine populistische Innenpolitik sowie eine konfrontative Außenpolitik waren für die schlechteren Werte ausschlaggebend. Guinea hat aufgrund von Staatskrise und Ausnahmezustand im Management-Index die stärkste Abwertung erfahren. Die zunehmende Polarisierung und damit abnehmende Konsensbildung ist eine der wesentlichen Ursachen für die Herabstufung von Bolivien, Mosambik und Venezuela. Für die internationale Gebergemeinschaft

stellen die nachlassenden politischen Gestaltungsleistungen in von ihnen wesentlich unterstützten Ländern wie Mosambik und Sierra Leone eine Enttäuschung dar. Die deutlichen Rückgänge in Slowenien und dem Senegal zeigen auf, dass auch bei erfolgreichen Reformern rückläufige Tendenzen (durch Reformmüdigkeit oder abnehmende Konsensbildung) auftreten können.

| Stärkste Verluste im Gesamtwert des Management-Index | | | |
|--|--------|------|------|
| Land | ↓ | Wert | Rang |
| Guinea | - 1,23 | 2,61 | 113 |
| Polen | - 1,09 | 5,27 | 53 |
| Mosambik | - 1,05 | 5,00 | 63 |
| Venezuela | - 0,88 | 2,15 | 119 |
| Sierra Leone | - 0,72 | 5,01 | 62 |
| Tschad | - 0,63 | 2,61 | 113 |
| Bangladesch | - 0,59 | 4,14 | 93 |
| Senegal | - 0,58 | 6,19 | 29 |
| Slowenien | - 0,58 | 6,83 | 12 |
| Bolivien | - 0,56 | 4,72 | 74 |

Schwache Staatlichkeit

Eine funktionierende Verwaltung und ein gesichertes Gewaltmonopol des Staates sind Kernvoraussetzungen für einen erfolgreichen Transformationsprozess. Ohne sie können Staaten weder die grundlegende Versorgung noch Rechtsstaatlichkeit oder Sicherheit ihrer Bevölkerung gewährleisten. Der BTI 2008 weist eine Gruppe von 27 Ländern aus, in denen das Gewaltmonopol gefährdet ist und die Verwaltungsstrukturen kaum funktionsfähig sind. Ausmaß und Ursachen von staatlicher Fragilität variieren stark:

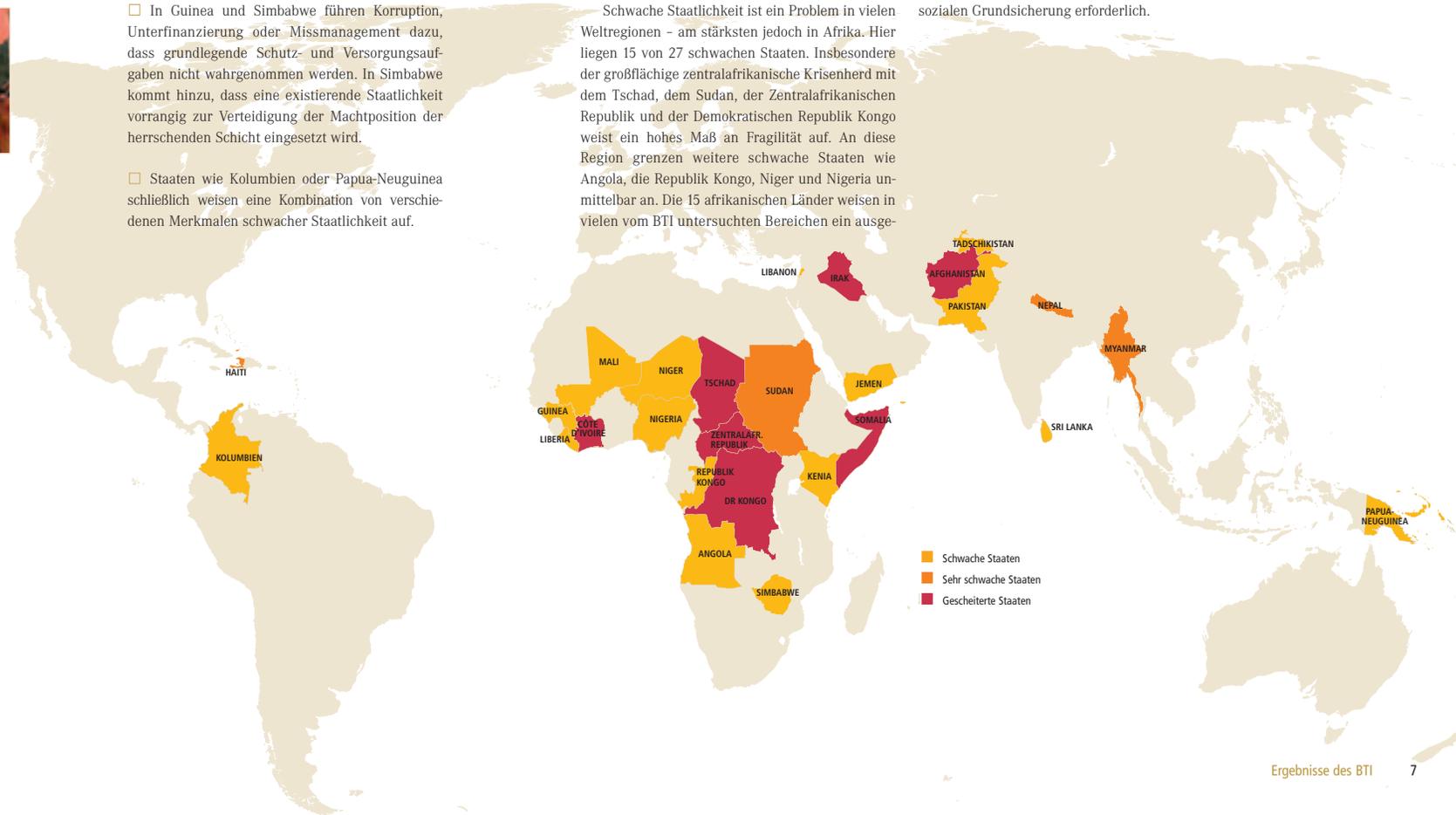
- Länder wie Afghanistan, Côte d'Ivoire, Irak, Nepal, Somalia, Sudan und die Zentralafrikanische Republik befinden sich in (Post-)Konfliktsituationen, in denen zunächst Konfliktlösung oder Aufbauarbeit geleistet werden muss.
- In Angola, Haiti, Mali, Myanmar und im Tschad gelingt es Regierung und Verwaltung nicht, im gesamten Staatsgebiet ihre Autorität durchzusetzen – separatistische Bestrebungen, lokal operierende Rebellenbewegungen und das Fehlen von dezentralisierter Infrastruktur führen zur Abkopplung ganzer Regionen.
- In Guinea und Simbabwe führen Korruption, Unterfinanzierung oder Missmanagement dazu, dass grundlegende Schutz- und Versorgungsaufgaben nicht wahrgenommen werden. In Simbabwe kommt hinzu, dass eine existierende Staatlichkeit vorrangig zur Verteidigung der Machtposition der herrschenden Schicht eingesetzt wird.
- Staaten wie Kolumbien oder Papua-Neuguinea schließlich weisen eine Kombination von verschiedenen Merkmalen schwacher Staatlichkeit auf.



Unter den 27 fragilen Staaten befinden sich neben sieben „failed states“ zehn Demokratien und zehn Autokratien. Das mangelnde Vermögen, grundlegende Verwaltungsaufgaben zu übernehmen, ist für die meisten der fragilen Staaten das auffälligste Kennzeichen prekärer Staatlichkeit. Besonders problematisch ist die Situation in Ländern wie dem Irak, Somalia, dem Sudan und der Zentralafrikanischen Republik, da hier zusätzlich die staatliche Identität aufgrund ethnischer, religiöser oder regionaler Identitäten so gering ausgeprägt ist, dass sie die prekäre Staatlichkeit weiter aushöhlt.

sprochen niedriges Niveau auf. Während aber die Werte für politische Partizipation und Integration noch vergleichsweise positiv ausfallen, kommen die Regierungen ihren sozialstaatlichen Aufgaben in sehr geringem Maße oder gar nicht nach. Vor dem Hintergrund relativ annehmbarer wirtschaftlicher Wachstumsraten ist dies besonders problematisch, da sich im jetzigen, vor allem von Rohstoffpreisanstiegen getriebenen Wachstum Ungleichheitstendenzen im Einkommen und Vermögen verstärken. Um die Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu überwinden, sind zusätzliche Anstrengungen bei der Armutsbekämpfung und der sozialen Grundsicherung erforderlich.

Schwache Staatlichkeit ist ein Problem in vielen Weltregionen – am stärksten jedoch in Afrika. Hier liegen 15 von 27 schwachen Staaten. Insbesondere der großflächige zentralafrikanische Krisenherd mit dem Tschad, dem Sudan, der Zentralafrikanischen Republik und der Demokratischen Republik Kongo weist ein hohes Maß an Fragilität auf. An diese Region grenzen weitere schwache Staaten wie Angola, die Republik Kongo, Niger und Nigeria unmittelbar an. Die 15 afrikanischen Länder weisen in vielen vom BTI untersuchten Bereichen ein ausge-



Defekte Demokratien

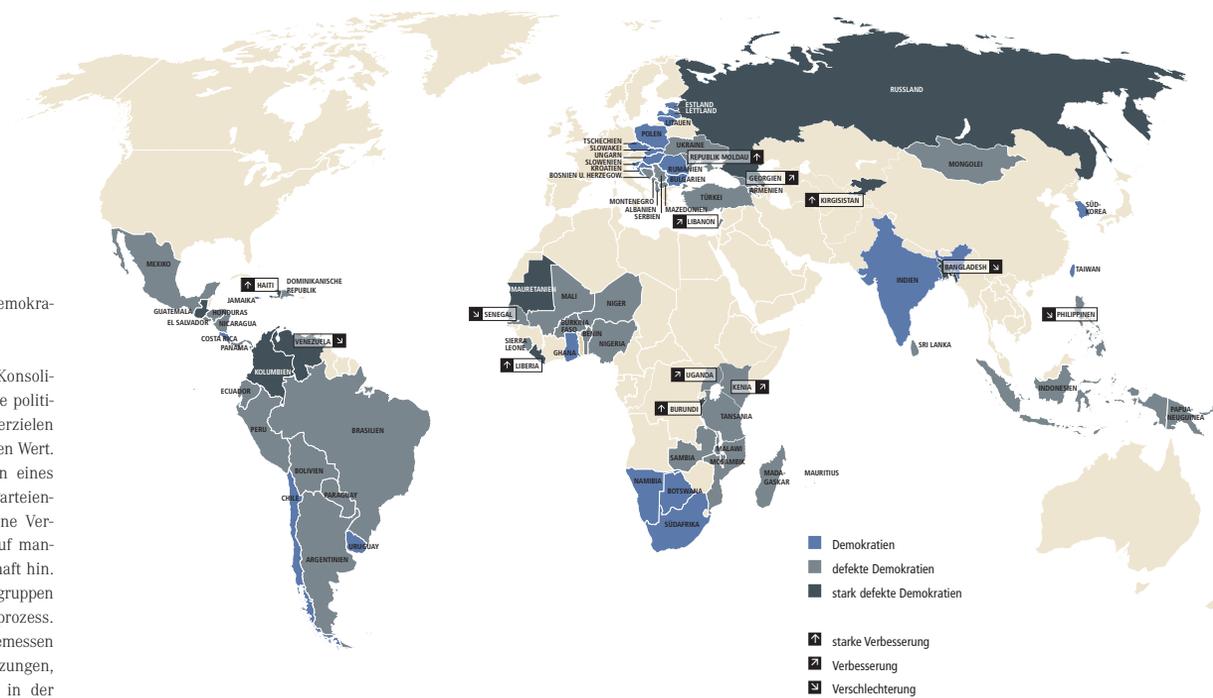
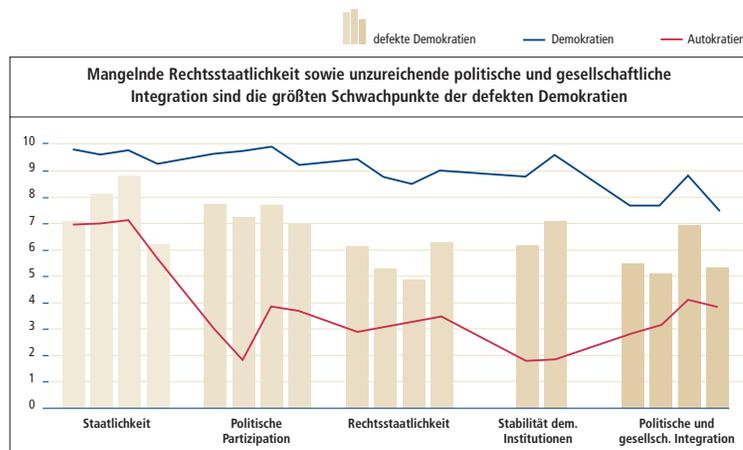
Das Phänomen der defekten Demokratien, denen es trotz relativ freier Wahlen an der hinreichenden Durchsetzung der politischen und bürgerlichen Freiheitsrechte oder einer effektiven Gewaltenteilung mangelt, hat sich als dauerhaft erwiesen. Sie erreichen zwar durchaus eine relative Stabilität über Jahre hinweg, sind aber anfällig für politische Krisen.

Während eine Gruppe von über 20 Ländern große Fortschritte zur konsolidierten Demokratie unternommen hat, sind die übrigen gut 50 Demokratien mehr oder weniger weit vom Status einer funktionierenden Demokratie entfernt. Zentrales Manko der demokratischen Qualität dieser defekten (42) oder stark defekten (10) Regime sind in erster Linie ihre mangelnde rechtsstaatliche Einhegung sowie die Schwäche ihrer repräsentativen Strukturen. Nur 13 von 75 Demokratien verfügen über eine funktionsfähige Gewaltenteilung. In einigen Ländern wie Russland oder Venezuela gefährdet die

Machtkonzentration in der Exekutive das demokratische System grundlegend.

Ein wesentliches Kriterium für die Konsolidierung des demokratischen Systems ist die politische und gesellschaftliche Integration. Hier erzielen die Demokratien im BTI 2008 den schwächsten Wert. So weisen die Einzelwerte auf das Fehlen eines moderaten und stabilen repräsentativen Parteiensystems, auf schwache oder unausgewogene Vertretung durch Interessenverbände sowie auf mangelnde Selbstorganisation der Zivilgesellschaft hin. Entsprechend dominieren etablierte Machtgruppen oder Vetternwirtschaft den Willensbildungsprozess. Zwar scheint in den meisten Demokratien, gemessen an Umfragewerten und Experteneinschätzungen, die Verankerung demokratischer Normen in der Bevölkerung hinreichend stabil, doch sind die Vermittlungsstrukturen zwischen Staat und Gesellschaft eher labil.

- Staatlichkeit**
 - staatliches Gewaltmonopol
 - staatliche Identität
 - Trennung von Staat und Kirche
 - grundlegende Verwaltungsstrukturen
- Politische Partizipation**
 - freie und faire Wahlen
 - effektive Regierungsgewalt
 - Versammlungsfreiheit
 - Meinungsfreiheit
- Rechtsstaatlichkeit**
 - Gewaltenteilung
 - unabhängige Justiz
 - Ahndung von Amtsmissbrauch
 - Schutz der Bürgerrechte
- Stabilität dem. Institutionen**
 - Leistungsfähigkeit dem. Institutionen
 - Akzeptanz dem. Institutionen
- Polit. und gesellschaftl. Integration**
 - Parteiensystem
 - Interessenvertretung
 - Zustimmung zu demokratischen Normen
 - gesellschaftliche Selbstorganisation



Gerade im Vergleich zu den schlechten Bewertungen von Rechtsstaatlichkeit und Repräsentativität ist auffällig, dass sich die politische Partizipation in den defekten Demokratien von einem bereits hohen Niveau noch einmal verbessert hat. In Anbetracht der Bedeutung, die gemeinhin freien und fairen Wahlen als Hauptindikator für Demokratisierung beigemessen wird, scheinen diese hohen Partizipationswerte auf den ersten Blick ermutigend. Allerdings steht zu befürchten, dass viele Wahlen entweder die effektive Regierungsgewalt wie in Afghanistan, der Demokratischen Republik Kongo oder dem Irak kaum beeinflussen, oder aber eine gesellschaftliche Polarisierung durch populistische Kampagnen noch befördern. Länder wie Argentinien, Bolivien, Ecuador und Venezuela in Lateinamerika oder die Philippinen und Thailand in Südostasien veranschaulichten in den letzten Jahren die Anfälligkeit von partizipativen und stark mobi-

lisierenden Demokratieformen, denen eine rechtsstaatliche und repräsentative Verankerung fehlt.

Immerhin hat sich in den letzten zwei Jahren der Wert für Demokratiequalität im Durchschnitt aller 52 defekten Demokratien nicht verschlechtert. Sämtliche Kriterienwerte für politische Transformation sind sogar insgesamt leicht gestiegen. Rechtsstaatliche Standards verbesserten sich in zwölf Staaten deutlich. Dazu zählen nicht nur Staaten wie Liberia oder Burundi, die aufgrund eines Regimewechsels einen positiven Sprung gemacht haben, sondern auch Demokratien wie Brasilien oder die Türkei. Dieser eher positive Trend drückt sich schließlich auch dadurch aus, dass drei Länder - Ghana, Indien und Namibia - die Qualität ihrer politischen Ordnung so stark verbessern konnten, dass sie nunmehr zu den sich konsolidierenden Demokratien zu zählen sind.

Wirtschaftswachstum und sozialer Ausgleich

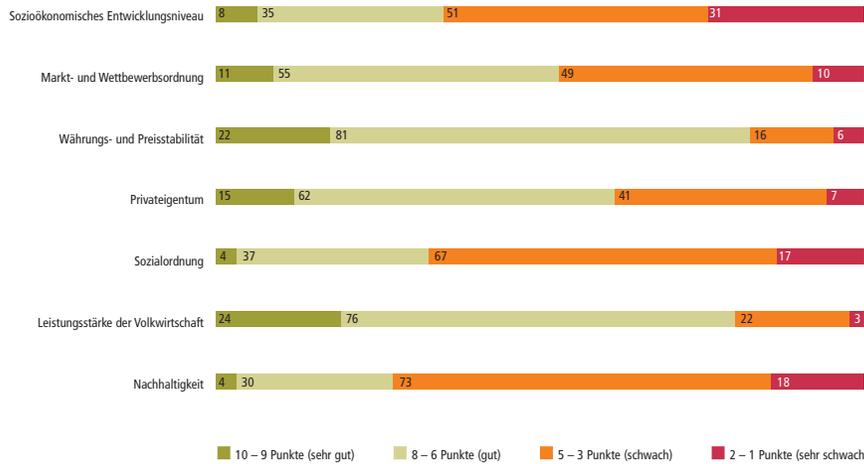
Im Rahmen der anhaltend günstigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der wachsenden Nachfrage nach Rohstoffen hat sich die Performanz durchschnittlich in allen Regionen und auf allen Einkommensebenen verbessert. Für 54 Länder weisen die makroökonomischen Indikatoren eine Steigerung der volkswirtschaftlichen Leistungsstärke aus. Nur wenige Länder wie Bosnien-Herzegowina, Kenia oder der Tschad konnten diesen Trend nicht nutzen.

In vielen Ländern existieren zwar eindeutige Regeln für einen stabilen marktwirtschaftlichen Wettbewerb, die institutionelle Konsolidierung der Volkswirtschaften stagniert jedoch. Offenbar neigen zahlreiche Regierungen in Zeiten größerer Handlungsspielräume dazu, eine solide Ordnungspolitik

zu vernachlässigen, anstehende Reformen auszusetzen und stattdessen die Krisenanfälligkeit ihrer Volkswirtschaften festzuschreiben.

Zu den eklatanten Schwachpunkten zählen weiterhin die Mechanismen zum sozialen Ausgleich und die mangelnden Weichenstellungen für die ökologische und bildungsbezogene Nachhaltigkeit. Insbesondere in Anbetracht des seit einigen Jahren ungebrochenen weltwirtschaftlichen Wachstums ist besorgniserregend, dass sich die soziale Situation vieler Menschen vor allem in Afrika und Lateinamerika kaum verbessert hat und dass Massenarmut dort weiterhin ein zentrales Entwicklungsproblem darstellt. In politisch instabilen Ländern droht dies zudem die Anfälligkeit für Populismus oder Autokratisierungstendenzen zu steigern.

Viele leistungsstarke Volkswirtschaften, wenige gut funktionierende Sozialsysteme
Überblick über die Verteilung aller 125 Länder in den einzelnen Kriterien für wirtschaftliche Transformation

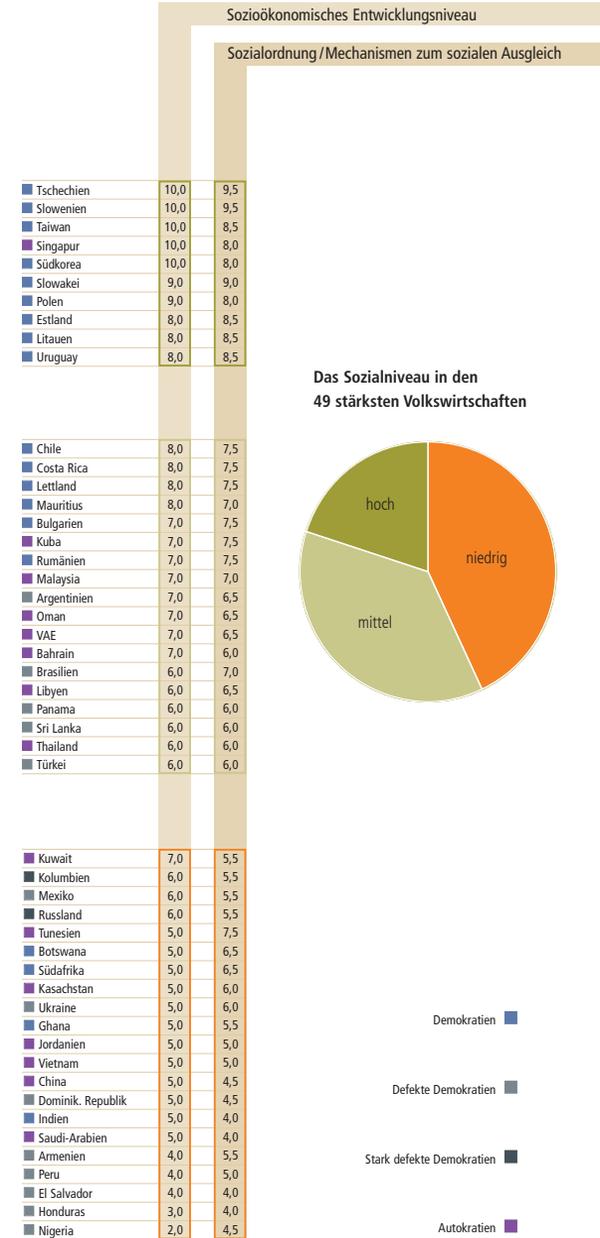


Generell ist in Demokratien das sozioökonomische Entwicklungsniveau höher, wie auch die staatlichen Sozialleistungen umfangreicher sind als in Autokratien. Vergleicht man hingegen nur die defekten Demokratien mit den Autokratien im BTI, so ist auffällig, dass sich die soziale Situation in autokratisch regierten Ländern leicht besser darstellt, während die sozialen Leistungen hingegen in den defekten Demokratien umfangreicher sind.

Die Sozialbilanz der leistungsstarken Volkswirtschaften

Von den 49 Ländern, deren Volkswirtschaften in den letzten zwei Jahren besonders leistungsstark waren, werden 15 Länder autokratisch und 34 Länder demokratisch regiert. Auch hier gilt, dass die sozialpolitische Flankierung der Marktwirtschaft und die soziale Situation im Durchschnitt besser in den Demokratien als in den Autokratien ist. Hingegen erreicht die Gruppe der defekten Demokratien mit leistungsstarken Volkswirtschaften im Schnitt weder denselben sozialen Entwicklungsstand wie wirtschaftlich erfolgreiche Autokratien, noch können ihre staatlichen Leistungen bezüglich Sozialabsicherung und Chancengleichheit mit denen der autoritären Regime mithalten.

Aus der Ländergruppe mit leistungsstarken Volkswirtschaften nutzen im Konsolidierungsprozess begriffene Demokratien die günstige Wirtschaftsentwicklung für eine Stärkung ihrer sozialen Netze am besten, insbesondere Bulgarien, Lettland, Mauritius, Polen, Rumänien und Tschechien. In den defekten Demokratien mit positiven Performanzwerten hingegen verbesserte sich die soziale Situation lediglich in der Türkei.



Politische Gestaltungsleistungen

□ Lateinamerika und Karibik

In Lateinamerika und der Karibik hat sich insgesamt der Trend zu relativer demokratischer Stabilität und wachsender wirtschaftlicher Dynamik fortgesetzt. Dem wirken allerdings starke populistische Strömungen entgegen. Der Subkontinent driftet politisch auseinander. Neben den vier relativ gefestigten Demokratien (Argentinien, Chile, Uruguay, Brasilien) ließen vor allem die Andenländer und Venezuela deutliche Rückschritte im politischen Management erkennen, die zu einer Schwächung der demokratischen Institutionen führten. Ein in den letzten Jahren weiter gewachsenes Problem stellt die Erosion des staatlichen Gewaltmonopols dar, für die vor allem die Ausweitung von Drogenproduktion und -handel, die damit verbundene organisierte Kriminalität und Korruption verantwortlich sind.

□ Afrika

Auf keinem anderen Kontinent trifft die Gestaltung von Reformprozessen auf so anhaltende strukturelle Hindernisse wie in Afrika: Extreme Armut, mangelnde Bildung, Infrastrukturdefizite und mangelnde Staatlichkeit blockieren zahlreiche Transformationsprozesse. Während viele Länder primär an ungünstigen Ausgangsbedingungen scheitern, verweigern Regierungen wie in Eritrea, im Tschad oder in Simbabwe bewusst jegliche Liberalisierung. Es lassen sich aber auch erfolgreiche und langfristig planende Entscheidungsträger identifizieren. Im südlichen und östlichen Afrika bauen die politisch Verantwortlichen in Botswana, auf Mauritius, in Südafrika sowie auch auf Madagaskar ihre Transformationserfolge aus. In West- und Zentralafrika überzeugt das politische Management von Ghana, sowie mit Abstrichen auch das von Mali, Benin und dem Senegal.

□ Ostmittel- und Südosteuropa

Ostmittel- und Südosteuropa war auch in den letzten beiden Jahren durch eine weitere Konsolidierung von Demokratie und Marktwirtschaft und ein insgesamt überzeugendes politisches Management geprägt. Die Europäische Union ist dabei gleichermaßen Zielpunkt wie auch gestaltender Akteur der laufenden Transformationsprozesse. Der EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens am 1. Januar 2007 bedeutete eine Anerkennung der Transformationsleistungen, die beide Länder nach dem Ende des Ost-West-Konflikts vollbracht hatten. In den südosteuropäischen Ländern lassen sich außer in Bosnien-Herzegowina weitere Fortschritte auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft beobachten. In den ostmitteleuropäischen Ländern jedoch wurden die politischen Gestaltungsleistungen nach vollzogenem Beitritt von politischer Polarisierung und einer Aufwertung populistischer Parteien beeinträchtigt, die in Polen ihre deutlichste Ausprägung findet.

Regionen im Überblick

□ Naher Osten und Nordafrika

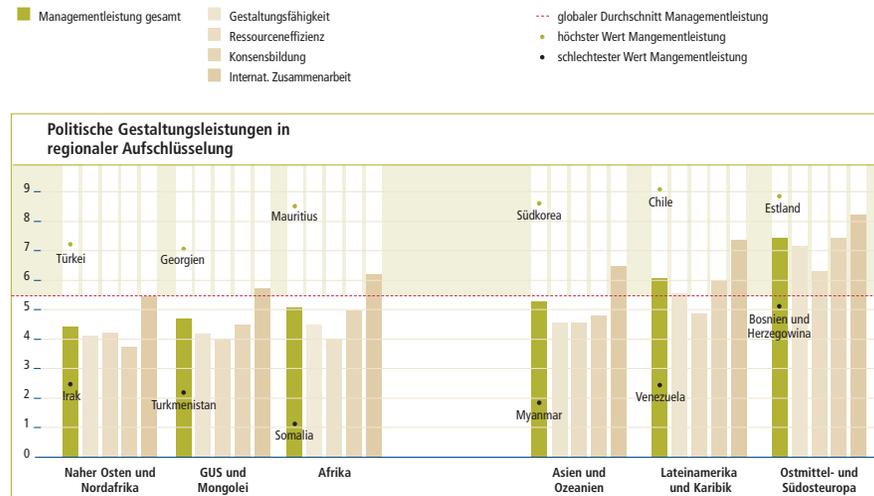
Die Stagnation der politischen Transformation im Nahen Osten und Nordafrika ist Ausdruck der unverändert autokratischen Herrschaftsmuster und des Ausbleibens nachhaltiger politischer Reformen. In dieser Region haben sich Hoffnungen auf einen „arabischen Frühling“ nicht erfüllt, die sich aus den freien Parlamentswahlen im Libanon, der Zuerkennung des Frauenwahlrechts in Kuwait sowie der Öffnungspolitik der ägyptischen Regierung im Vorfeld der Parlamentswahlen ableiteten. Lediglich die Türkei hat vergleichsweise umfassende und erfolgreiche Transformationsfortschritte vorzuweisen, teils resultierend aus dem Handlungsdruck im Rahmen des EU-Annäherungsprozesses. In den meisten Staaten der Region ging es den Eliten primär um die Sicherung ihres Machtmonopols, so dass allenfalls im wirtschaftlichen Bereich Reformen beschlossen und umgesetzt wurden. Als Sprachrohr einer wachsenden Masse der Modernisierungsverlierer gewinnen islamistische Bewegungen an Bedeutung.

□ GUS und Mongolei

Die Staaten der Region GUS und Mongolei driften politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich weiter auseinander. Auch wenn die Hoffnungsträger der farbigen Revolutionen die hohen Erwartungen nicht erfüllen konnten, ist die Reformpolitik Georgiens die erfolgreichste der gesamten Region. Auch in der Ukraine und Kirgistan gibt es zumindest leicht positive Entwicklungen. Demgegenüber drohen die Schlusslichter Weißrussland, Turkmenistan und Usbekistan ohne demokratische und marktwirtschaftliche Reformbemühungen den Anschluss an den Rest der Region zu verlieren. Für die Regierungen Russlands, Kasachstans und Aserbaidschans stehen nach wie vor politische Stabilität und Machterhalt im Vordergrund. Unterstützt vom anhaltenden Wirtschaftswachstum verkommen Demokratisierungsbestrebungen allenfalls zu Lippenbekenntnissen. Korruption bleibt in allen Ländern ein vorherrschendes Problem. Die Bemühungen zu ihrer Bekämpfung haben – mit Ausnahme Georgiens – noch weiter nachgelassen.

□ Asien und Ozeanien

In Asien und Ozeanien ragen weiterhin die politischen Gestaltungsleistungen von Südkorea und Taiwan heraus, umgekehrt findet in Myanmar und Nordkorea keine Reformpolitik statt. Generell hält in der Region die Tendenz zur Entkoppelung von marktwirtschaftlicher und demokratischer Transformation an. Zum Teil vermeiden die verantwortlichen Eliten wie in China und Vietnam eine politische Öffnung und zielen ausschließlich auf eine marktwirtschaftliche Transformation ab. Die ökonomischen Erfolge dieser politischen Steuerung haben durchaus Einfluss auf andere Länder dieser Region. In Bangladesch, auf den Philippinen und insbesondere in Thailand hat die innenpolitische Polarisierung in den letzten Jahren stark zugenommen und die Rolle des Militärs wurde aufgewertet. Umgekehrt ist es den politischen Eliten in Nepal gelungen, einen Friedens- und Versöhnungsprozess einzuleiten. Besonders stark hat sich die Qualität von Demokratie und politischem Management in Indien verbessert.



Status-Index

Der Status-Index gibt Aufschluss darüber, welchen Stand der Entwicklung die 125 Staaten auf dem Weg zu rechtsstaatlicher Demokratie und sozialpolitisch flankierter Marktwirtschaft im Frühjahr 2007 erreicht hatten. Er setzt sich zusammen aus den Bewertungen zum Stand der politischen sowie der wirtschaftlichen Transformation.

Status-Index Demokratie

Der Status politischer Transformation wird anhand von fünf Kriterien erhoben, die auf der Grundlage von 18 Einzelfragen bewertet werden. Im Unterschied zu anderen, enger gefassten Definitionen von Demokratie, die sich vorrangig auf elementare Bürgerrechte und die Durchführung von freien Wahlen beschränken, geht das Demokratieverständnis des BTI weit darüber hinaus und umfasst Kriterien

wie Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung. Dieser Ansatz beinhaltet die Fragestellung, inwieweit das demokratische System konsolidiert ist im Hinblick auf Akzeptanz, Repräsentativität und politische Kultur und gibt somit Aufschluss darüber, ob und in welchem Maße die Grundregeln von Demokratie innerhalb einer Gesellschaft verankert sind.



Politische Transformation

| 5 Kriterien zum Entwicklungsstand der politischen Transformation | <input type="checkbox"/> Staatlichkeit | <input type="checkbox"/> Politische Partizipation | <input type="checkbox"/> Rechtsstaatlichkeit | <input type="checkbox"/> Stabilität demokratischer Institutionen | <input type="checkbox"/> Politische und gesellschaftliche Integration |
|--|--|---|---|--|--|
| Ziele | Es besteht Klarheit über die nationale Staatlichkeit mit hinreichend etablierten und differenzierten Machtstrukturen. | Die Bevölkerung bestimmt die Herrschaftsträger und verfügt über weitere politische Freiheiten. | Die staatlichen Gewalten kontrollieren sich wechselseitig und gewährleisten die bürgerlichen Freiheitsrechte. | Die demokratischen Institutionen sind leistungsfähig und hinreichend akzeptiert. | Es existieren stabile Repräsentationsmuster zur Vermittlung zwischen Gesellschaft und Staat sowie eine gefestigte Bürgerkultur. |
| Fragen | <ol style="list-style-type: none"> Inwieweit ist das staatliche Gewaltmonopol auf das gesamte Staatsgebiet ausgedehnt? Inwieweit sind sich relevante gesellschaftliche Gruppen über die Zugehörigkeit zum Staatsvolk einig und akzeptieren den Nationalstaat als legitim? Inwieweit sind die Legitimität staatlicher Herrschaft und die staatliche Rechtsordnung ohne Beeinflussung durch religiöse Dogmen definiert? Inwieweit bestehen grundlegende Verwaltungsstrukturen? | <ol style="list-style-type: none"> Inwieweit werden die Herrschaftsträger durch allgemeine, freie und faire Wahlen bestimmt? Inwieweit besitzen demokratisch gewählte Herrschaftsträger die effektive Regierungsgewalt? Existieren Vetomächte und politische Enklaven? Inwieweit können sich unabhängige politische und/oder zivilgesellschaftliche Gruppen frei bilden und versammeln? Inwieweit können Bürger, Organisationen oder Medien ihre Meinung frei äußern? | <ol style="list-style-type: none"> Inwieweit funktioniert die Teilung und wechselseitige Kontrolle der staatlichen Gewalten? Inwieweit existiert eine unabhängige Justiz? Inwieweit wird Amtsmissbrauch von Mandatsträgern rechtlich oder politisch geahndet? Inwieweit sind bürgerliche Freiheitsrechte gewahrt und geschützt, und inwieweit können sie von Bürgern eingeklagt werden? | <ol style="list-style-type: none"> Sind die demokratischen Institutionen, inklusive Verwaltungs- und Justizsystem, leistungsfähig? Inwieweit werden die demokratischen Institutionen von den relevanten Akteuren akzeptiert oder gestützt? | <ol style="list-style-type: none"> Inwieweit existiert ein stabiles, moderates, gesellschaftlich verankertes Parteiensystem zur Artikulation und Aggregation gesellschaftlicher Interessen? Inwieweit existiert ein Netz kooperationsfähiger Verbände oder Interessengruppen zur Vermittlung zwischen Gesellschaft und politischem System? Wie groß ist die Zustimmung der Bürger zu demokratischen Normen und Verfahren? In welchem Maße sind die gesellschaftliche Selbstorganisation und der Aufbau von Sozialkapital vorangeschritten? |



Status-Index Marktwirtschaft

Der Status wirtschaftlicher Transformation wird anhand von sieben Kriterien erhoben, die auf der Grundlage von 14 Einzelfragen bewertet werden. Die dem BTI zugrunde liegende Vorstellung von sozialpolitisch flankierter Marktwirtschaft beinhaltet nicht nur Aspekte wie Wettbewerbsordnung und Eigentumsrechte, sondern auch Kriterien wie

sozialen Ausgleich, Chancengleichheit und Nachhaltigkeit. Umfassende Entwicklung zielt nach Verständnis des BTI deshalb nicht nur auf Wirtschaftswachstum ab, sondern erfordert erfolgreiche Armutsbekämpfung und die Ausweitung von Handlungs- und Entscheidungsfreiheit für möglichst viele Bürger.

Wirtschaftliche Transformation

| 7 Kriterien zum Entwicklungsstand der wirtschaftlichen Transformation | <input type="checkbox"/> Sozioökonomisches Entwicklungsniveau | <input type="checkbox"/> Markt- und Wettbewerbsordnung | <input type="checkbox"/> Währungs- und Preisstabilität | <input type="checkbox"/> Privateigentum | <input type="checkbox"/> Sozialordnung | <input type="checkbox"/> Leistungsstärke der Volkswirtschaft | <input type="checkbox"/> Nachhaltigkeit |
|---|---|--|---|--|--|--|---|
| Ziele | Der Entwicklungsstand des Landes ermöglicht im Prinzip allen Bürgern hinreichende Entscheidungsfreiheit. | Es existieren eindeutige Regeln für einen stabilen marktwirtschaftlichen Wettbewerb. | Es existieren institutionelle oder politische Vorkehrungen für eine nachhaltige Inflationskontrolle sowie für eine angemessene Geld- und Finanzpolitik. | Es existieren hinreichende Rahmenbedingungen für einen funktionsfähigen Privatsektor. | Die sozialen Kosten des kapitalistischen Wirtschaftssystems werden durch tragfähige Ausgleichsarrangements kompensiert. | Die Leistungskraft der Volkswirtschaft weist auf ein solides Wachstum hin. | Das volkswirtschaftliche Wachstum ist sozial ausgewogen, umweltverträglich und zukunftsorientiert. |
| Fragen | <ol style="list-style-type: none"> Inwieweit erleben bedeutende Teile der Bevölkerung soziale Ausgrenzung aufgrund von Armut und Ungleichheit (des Einkommens, Bildungsniveaus, der Ethnizität, Gender oder Religion)? | <ol style="list-style-type: none"> In welchem Maße sind die Grundlagen marktwirtschaftlichen Wettbewerbs ausgebildet? Inwieweit bestehen Vorkehrungen gegen die Entwicklung von ökonomischen Monopolen und Kartellen? In welchem Maße ist der Außenhandel liberalisiert? Inwieweit sind ein solides Bankensystem und ein Kapitalmarkt etabliert? | <ol style="list-style-type: none"> Inwieweit betreibt der Staat eine konsistente Inflationspolitik sowie eine angemessene Wechselkurspolitik? Existiert eine unabhängige Zentralbank? Inwieweit stützt die Finanz- und Schuldenpolitik der Regierung die makroökonomische Stabilität? | <ol style="list-style-type: none"> Inwieweit gewährleisten die staatlichen Instanzen eindeutig definierte Rechte an Privateigentum sowie die Regulierung des Eigentumserwerbs? Inwieweit sind privatwirtschaftliche Unternehmen zugelassen? Erfolgt eine marktkonforme Privatisierung staatlicher Unternehmen? | <ol style="list-style-type: none"> Inwieweit existieren soziale Netze zur Kompensation von Armut und anderen Risiken (Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Invalidität)? Inwieweit ist Chancengleichheit gegeben? | <ol style="list-style-type: none"> Wie leistungsstark ist die Volkswirtschaft, gemessen an makroökonomischen Indikatoren? | <ol style="list-style-type: none"> Inwieweit werden Umweltbelange volks- und betriebswirtschaftlich berücksichtigt? Inwieweit sind solide Einrichtungen für Schule, Aus- und Weiterbildung sowie für Forschung und Entwicklung vorhanden? |

Management-Index



Die entscheidende Innovation des Bertelsmann Transformation Index ist sein Fokus auf die Steuerung und das Management von Entwicklungs- und Transformationsprozessen. Der Index überprüft und bewertet die Reformpolitik der politischen Entscheidungsträger. Er gibt so Aufschluss über den zentralen Faktor, der über Erfolg und Misserfolg auf dem Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft entscheidet. Regierungen müssen ihre Ziele konsequent verfolgen, ihre Ressourcen klug und effektiv nutzen, Gestaltungsfähigkeit und Konsensfindung miteinander vereinbaren sowie mit externen Unterstützern und Nachbarstaaten zuverlässig zusammenarbeiten. Als weltweit einziges Ranking stellt der BTI damit die Managementleistung der maßgeblichen politischen Akteure mit selbst erhobenen Daten in den Mittelpunkt der Analyse.

Die vier Kriterien und die ihnen zugrunde liegenden 14 Fragen bewerten das Politikmanagement. Der aus sechs weiteren Fragen ermittelte Schwierigkeitsgrad trägt der Beobachtung Rechnung, dass die Qualität des Transformationsmanagement von strukturellen Rahmenbedingungen im jeweiligen Land beeinflusst wird. Politische Steuerungsleistungen werden daher im Management-Index umso höher bewertet, je schwieriger die Ausgangsbedingungen und je geringer die verfügbaren Ressourcen sind.

| 4 Kriterien zur Qualität des politischen Management | <input type="checkbox"/> Gestaltungsfähigkeit | <input type="checkbox"/> Ressourceneffizienz | <input type="checkbox"/> Konsensbildung | <input type="checkbox"/> Internationale Zusammenarbeit | <input type="checkbox"/> Schwierigkeitsgrad |
|---|---|---|---|---|--|
| Ziele | Die politische Führung steuert die Reformen in effektiver Weise und kann ihre Prioritäten umsetzen. | Die Regierung nutzt die verfügbaren Ressourcen auf optimale Weise. | Die politische Führung stellt einen breiten Konsens mit anderen gesellschaftlichen Akteuren über die Reformen her, ohne ihre Reformziele aufzugeben. | Die politischen Akteure sind bereit, mit externen Unterstützern und Organisationen sowie mit Nachbarstaaten zu kooperieren. | Der Schwierigkeitsgrad bewertet die strukturellen Rahmenbedingungen, die die Spielräume politischen Handelns beeinflussen. |
| Fragen | <ol style="list-style-type: none"> Inwieweit setzt die politische Führung strategische Prioritäten und verfolgt sie kontinuierlich? Wie erfolgreich setzt die Regierung ihre Reformpolitik um? Wie flexibel, innovativ und lernfähig ist die politische Führung? | <ol style="list-style-type: none"> Inwieweit nutzt die Regierung die verfügbaren ökonomischen und Humanressourcen in effizienter Weise? Inwieweit kann die Regierung gegenläufige Ziele miteinander koordinieren und eine kohärente Politik formulieren? Inwieweit kann die Regierung erfolgreich die Korruption einschränken? | <ol style="list-style-type: none"> Inwieweit stimmen die wesentlichen politischen Akteure darin überein, Marktwirtschaft und Demokratie als strategische, langfristige Ziele anzustreben? Inwieweit können Reformer antidemokratische Veto-Akteure ausschließen oder einbinden? Inwieweit geht die Regierung mit politischen Differenzen so um, dass sie nicht zu schweren Konflikten eskalieren? Inwieweit ermöglicht die politische Führung die Beteiligung der Zivilgesellschaft am politischen Prozess? Inwieweit kann die politische Führung eine Versöhnung zwischen Opfern und Tätern vergangener Unrechtstaten herbeiführen? | <ol style="list-style-type: none"> Inwieweit nutzt die politische Führung die Hilfen internationaler Partner, um ihre Reformpolitiken zu verbessern? Inwieweit agiert die Regierung als glaubwürdiger und verlässlicher Partner in ihren Beziehungen mit der internationalen Staatengemeinschaft? Inwieweit ist die politische Führung zur Kooperation mit Nachbarstaaten in regionalen und internationalen Organisationen bereit? | <ol style="list-style-type: none"> Inwieweit schränken strukturelle Probleme die Steuerungsfähigkeit der politischen Führung ein? Inwieweit bestehen zivilgesellschaftliche Traditionen? Wie tiefgreifend sind ethnische, religiöse und gesellschaftliche Konflikte? Pro-Kopf-Bruttonationaleinkommen zu Kaufkraftparitäten (2005) UN-Bildungsindex als Maß für das Bildungsniveau Staatlichkeit und Rechtsstaatlichkeit (Mittelwert der BTI-Kriterienbewertungen) |

Der Bertelsmann Transformation Index

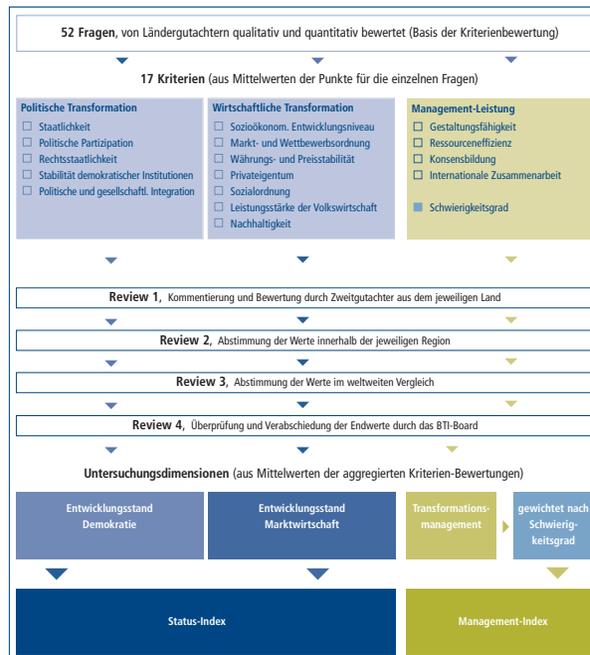
Ausführliche Ländergutachten informieren über Entwicklungsstand, Problemlagen und Steuerungsleistungen. Anhand eines standardisierten Codebuchs prüfen Länderexperten für jedes der 125 Länder, inwieweit die insgesamt 17 Kriterien erfüllt wurden. Sie vergeben dafür nicht nur Punkte, sondern erläutern in ihren online verfügbaren Ländergutachten auch die Analyse, die den numerischen Bewertungen zugrunde liegt. Ein zweiter Ländergutachter, zumeist aus dem betreffenden Land, überprüft Darstellungen und Bewertungen im Gutachten. Danach wird die Stimmigkeit der insgesamt 52 Einzelwerte im regionalen und interregionalen Vergleich sowie vom BTI-Board aus renommierten Wissenschaftlern und Entwicklungspraktikern überprüft und verabschiedet. Durch die Standardisierung der Unter-

suchung werden gezielte Vergleiche von Reformpolitik ermöglicht. Insgesamt bietet der BTI ein einzigartiges Datenwerk zu Beurteilung und Vergleich von Erfolgsfaktoren und Fehlentwicklungen in Entwicklungs- und Transformationsstaaten.

Der BTI erscheint alle zwei Jahre, um aktuelle Entwicklungen zu berücksichtigen und die Qualität der Datenbasis zu erhalten. Eine solche kontinuierliche Messung der Transformations- und Entwicklungsprozesse erlaubt es, beobachtete Trends zu überprüfen und die Effekte von transformationspolitischen Strategien zu ermitteln. Mit Hilfe von Zeitreihen kann der BTI somit das Steuerungswissen politischer Entscheidungsträger und ihrer externen Unterstützer erweitern.

Prüfsystematik:

- 125 Länder
- 17 Kriterien
- 52 Indikatoren
- insgesamt 6500 Beurteilungen



Mitglieder des BTI-Board

- Dr. Franz-Lothar Altmann** Leiter, Forschungsschwerpunkt Balkan, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin; Associate Professor, Universität Bukarest
- Dr. Matthias Basedau** Leiter, Forschungsschwerpunkt Gewalt, Macht und Sicherheit; Wissenschaftlicher Mitarbeiter, GIGA Institut für Afrika-Studien (IAA), Hamburg
- Prof. Dr. Klaus Bodemer** Senior Professorial Fellow, GIGA Institut für Lateinamerika-Studien (ILAS), Hamburg
- Dr. Martin Brusis** Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Centrum für angewandte Politikforschung (C-A-P), Ludwig-Maximilians-Universität, München
- Prof. Dr. Aurel Croissant** Institut für Politische Wissenschaft, Ruprecht-Karls-Universität, Heidelberg
- Sabine Donner** Projektmanagerin, Themenfeld Internationale Verständigung, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
- Dr. Bernd Eisenblätter** Geschäftsführer, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH, Eschborn
- Dr. Hauke Hartmann** Projektmanager, Themenfeld Internationale Verständigung, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
- Prof. Dr. Sebastian Heilmann** Direktor, Zentrum für Ostasien-Pazifik-Studien; Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre, Universität Trier
- Olaf Hillenbrand** Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Centrum für angewandte Politikforschung (C-A-P), Ludwig-Maximilians-Universität, München
- Josef Janning** Mitglied der Geschäftsleitung und Leiter des Themenfelds Internationale Verständigung, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
- Dr. Eberhard Kienle** Directeur de Recherche, Centre National de la Recherche Scientifique (CNRS), Paris; Program Officer, Governance and Civil Society, Ford Foundation, Cairo
- Bernd Kuzmits** Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn
- Prof. Dr. Rolf J. Langhammer** Vizepräsident, Institut für Weltwirtschaft, Kiel
- Prof. Dr. Wolfgang Merkel** Direktor, Abteilung Demokratie: Strukturen, Leistungsprofile und Herausforderungen, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB); Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin
- Prof. Dr. Dirk Messner** Direktor, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn
- Felix Neugart** Leiter, Referat Nordafrika/Nah- und Mittelost, Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK), Berlin
- Prof. em. Dr. Franz Nuscheler** Senior Fellow, Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Gerhard-Mercator-Universität, Duisburg
- Prof. Dr. Hans-Jürgen Puhle** Direktor, Institut für Politikwissenschaft, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main
- Prof. Dr. Siegmund Schmidt** Abteilung Politikwissenschaft, Institut für Sozialwissenschaften, Universität Koblenz-Landau
- Prof. Dr. Hans-Henning Schröder** Forschungsstelle Osteuropa, Universität Bremen
- Dr. Tobias Schumacher** Stellvertretender Leiter, EuroMeSCo; Senior Research Fellow, Institut für Strategische und Internationale Studien (IEEI), Lissabon
- Prof. Dr. Udo Steinbach** Direktor, GIGA Institut für Nahost-Studien (IMES), Hamburg
- Dr. Peter Thiery** Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Centrum für angewandte Politikforschung (C-A-P), Ludwig-Maximilians-Universität, München
- Prof. Dr. Uwe Wagschal** Institut für Politische Wissenschaft, Ruprecht-Karls-Universität, Heidelberg
- Prof. Dr. Werner Weidenfeld** Direktor, Centrum für angewandte Politikforschung (C-A-P), Ludwig-Maximilians-Universität, München
- Prof. em. Dr. Helmut Wiesenthal** Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin